

göppinger blätter

Nr. 12



Fotomontage von John Heartfield (1932)

Krieg und Leichen-auch heute wieder die Hoffnung der Reichen

Antikriegstag

1. Sept.

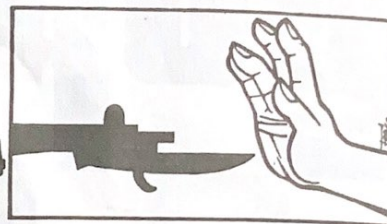
Gegen Abbau demokratischer Rechte

79

Frauen in die Bundeswehr?

Wir sagen

Nein!



Man will die Frauen mit der Behauptung gewinnen, militärischer Frauendienst sei ein Schritt zur Gleichberechtigung. Wir widersprechen: Hier wird unser Emanzipationsstreben mißbraucht. Die Vorstellung, durch Wehrdienst erhielten die Frauen Zugang zu einem wichtigen, bisher den Männern vorbehaltenen Machtbereich und mehr Einfluß, ist eine Täuschung. Niemand wird zum Militär eingezogen, damit er dort politische Entscheidungen treffen kann, sondern damit er gehorcht und sich anpaßt. Auch im Faschismus gab es Frauen in Uniformen, waren sie darum gleichberechtigt?

Wenn trotz aller Fortschritte bei der staatsbürgerlichen Gleichstellung die Frauen noch immer ökonomisch, sozial und kulturell benachteiligt sind,

Als 1949 die Bundesrepublik gegründet wurde - die Erinnerung an den Krieg war noch wach -, hätte niemand gewagt, von Wehrpflicht zu sprechen, geschweige von einer Heranziehung der Frauen zu einem militärischen Dienst. Der wurde im Grundgesetz ausdrücklich verboten. Auch als 1956 dennoch die ersten wehrpflichtigen Männer in die Kasernen einrückten, war ein Militärdienst der Frauen undenkbar. Der nächste Schritt wurde 1968 mit den Notstandsgesetzen vollzogen. Sie schufen die Möglichkeit, Frauen für zivile Dienste zu verpflichten. Heute sprechen Vertreter der Regierung, der Opposition und der Bundeswehr von Frauen-Militärdienst. Zwar steht eine Entscheidung in dieser Legislaturperiode nicht an, aber das Thema ist aufgeworfen, um die Öffentlichkeit an die Vorstellung zu gewöhnen. Schon halten Presse, Funk und Fernsehen die Frage für diskussionswürdig.

Zur Begründung einer Heranziehung der Frauen zum Militärdienst wird angeführt, ab 1985 sei Soldatenmangel zu befürchten, weil dann die seit Mitte der 60er Jahre verminderte Geburtenzahl wirksam werde. Deswegen die militärische Erfassung der Bevölkerung auf die Frauen auszuweiten, halten wir für den Ausdruck einer grundsätzlich falschen politischen Ausrichtung.

Frauendienstpflicht würde unsere Gesellschaft von Grund auf militarisieren. Das liefe der Hauptaufgabe zuwider, die sich der Bundesrepublik heute stellt: die Entspannungspolitik fortzusetzen und keinesfalls durch Maßnahmen auf militärischem Gebiet zu stören. Frauendienstpflicht stünde der Aufgabe entgegen, auf den Frieden zu orientieren und zur Abrüstung beizutragen. Wir Frauen wissen schon lange, daß ein würdigeres Leben für Frau und Mann sich nur entfalten kann, wenn der Rüstungshaushalt entschieden gekürzt wird.



wie soll ihre Zurückstellung ausgerechnet dadurch überwunden werden, daß man sie militärischer Disziplin unterwirft? Wir sind selbstbewußter geworden: im Beruf, in der Familie, im öffentlichen Leben. Immer mehr erheben wir Anspruch auf politische Mitverantwortung bei der Gestaltung der Zukunft. Militärdienst der Frauen wäre ein Rückschlag für uns selbst und für die ganze Gesellschaft. Daher unser Protest gegen jede Absicht, militärischen Frauendienst bei der Bundeswehr einzuführen - in welcher Form auch immer.

Nato-Gewehre aus Uhingen

Der Anstreicher sagt:
Je mehr Kanonen gegossen werden
Desto länger wird Friede sein.
Danach müßte es heißen:
Je mehr Korn in die Erde gesät wird
Desto weniger Getreide wird wachsen.
Je mehr Kälber geschlachtet werden
Desto weniger Fleisch wird es geben.
Je mehr Schnee im Gebirge schmilzt
Desto seichter werden die Flüsse sein.

Bertolt Brecht in
Deutsche Kriegsfiabel II



In Göppingen und Umgebung nimmt die Rüstungsproduktion wirtschaftlich ebenso einen bedeutenden Platz ein. Die Fa. Schuler, Göppingen, entwickelt und produziert vollautomatische Pressen für die Herstellung von Patronenhülsen. Zur Fertigung von Granaten stellt die Fa. Boehringer, Göppingen, Transferstraßen mit Drehmaschinen her. Boehringer gehört mehrheitlich zum größten schweizerischen Waffenproduzenten Bührle-Oerlicon. Im Auftrag von Rheinmetall stellt Allgaier, Uhingen, das Rohguss für das NATO-MG her. Salamander in Faurndau produziert für die Militärs das Schuhwerk.

Von großer Bedeutung ist der Konzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm. In Naben bei Weilheim werden elektronische Bauelemente zur Steuerung und Lenkung von Militärflugzeugen, Raketen und Satelliten entwickelt und gefertigt. Anteile an MBB besitzen die Stadt Hamburg und der Freistaat Bayern mit 46%. In privatem Besitz sind 54%; u. a. bei der Allianz-Versicherung, der Motoren-Turbinen-Union MTU (eine Tochter-

gesellschaft von Daimler-Benz und MAN), dem Bosch-Konzern, Thyssen und Siemens. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt F.J. Strauß.

Diese Aufzählung ist sicher unvollständig. Was u. a. daraus resultiert, daß Fragen zur Rüstungs- und Militärpolitik in der politischen und gewerkschaftlichen Praxis verschwiegen und verdrängt werden. (ha)

Hitler, ein Erfüllungsgehilfe des Kapitals

Am 1. Sept., dem Anti-Kriegstag, sollten wir nicht nur an die Opfer jenes Krieges denken, den wir den "Zweiten Weltkrieg" nennen, der durch seine Ausmaße, seine Grausamkeiten, seine Totalität, vor allem der Zivilbevölkerung gegenüber, alle bisherigen Kriege der Menschheit bei weitem übertrifft. Wir sollten vielmehr auch an die Voraussetzungen denken, die diesen Krieg erst ermöglichten und an diejenigen, die ein Interesse an ihm hatten. Die bedeutendste Gruppe war die der Industriellen, allen voran die Schwerindustrie und der Hochfinanz, die sich durch einen Krieg eine Ausdehnung ihres Machtbereichs erhofften. Zur Erreichung dieser Ziele war ihnen jedes Mittel Recht. Doch wollen wir nicht die Verflechtungen und Verquickungen zwischen der Wirtschaft und dem Nationalsozialismus erforschen, die hinreichend bekannt sind, wogegen die Mitwirkung der Industrie und Hochfinanz an der Zerstörung der Weimarer Republik so gut wie unbekannt ist.

Gerade die Bedeutung des Anteils der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik wird in der BRD geflissentlich nicht beachtet oder einfach unterschlagen. Wohl nicht zuletzt deswegen, weil heute wieder die gleichen Kräfte den größten Einfluß auf das Geschehen in diesem Lande ausüben.

Bereits während seiner Tätigkeit als Reichwehrspitzel wurde Hitler die engen Wechselbeziehungen zwischen den politischen und ökonomischen Interessen klar und war deshalb bemüht sein ideologisches Konzept den politischen Vorstellungen, und die sie bedingende ökonomische Problematik, der alten und reaktionären Geld- und Machtelite, insbesondere der Schwerindustrie, anzugleichen und schwachhaft zu machen. Nur die Verbindung mit der Schwerindustrie und des Groß-

grundbesitzes, für die eine nationalistische-rechte Gruppierung dann interessant wurde, wenn sich mit ihrer Hilfe ein Einfluß auf die Massen ausüben ließe, konnte Hitler aus seiner Lokalität befreien und ihn auf die Bühne der nationalen Politik heben. Sich dieser Notwendigkeit bewußt, bemühte sich Hitler in den Jahren nach 18/19 ständig um Verbindungen zu eben diesen Kräften. So hielt Hitler im Jahre 21 verschiedene Vorträge, wie der im Nationalen Club in Hamburg. Doch gelang es ihm nicht Industrielle an sich zu binden, außer ein paar Kleinen wie Hugo Bruckmann, Helene Bechstein, Hermann Aust, Ernst Hanfstengl und Gertrud von Seidlitz. Zumindest konnte diese Gruppe ihm den Weg zu Ludendorff und Stinnes öffnen, infolge dessen er auch mit Fritz Thyssen zusammentraf, der von dem exaltierten Führer der neuen national-chauvinistischen Partei so beeindruckt war, daß er sich sofort bereit fand das Unternehmen mit 100 000 Goldmark zu fördern und später mit 1 Mill. zum Aufbau der SA und SS beitrug.

Erst durch das Zusammentreffen mit Emil Kirdorf, Ehrenvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks AG, und Wilhelm Keppler wurde der richtig Einstieg in die Schwerindustrie gefunden. Diese ermöglichten ihm den Ankauf des Barlow'schen Hauses, das mit Geldern von Thyssen weiter ausgebaut wurde. Durch diese Verbindung gelang es Hitler Kontakte zu den Führern der DNVP und des Stahlhelms, Hugenberg und v. Seidte, zu finden und letztlich hatte diese Aufwertung Hitlers entscheidenden Anteil an seinem Wahlerfolg im Sept. 30. Dieser Erfolg ermöglichte auch den mit der NSDAP liierten Wirtschaftsführern gegenüber den anderen Industriellen einen Führungsanspruch aufzustellen und auf längere Zeit auch durchzusetzen na Kurz

darauf gelang es Kirdorf im Rheinisch-Westfälischen Kohle-syndikat (ein Zusammenschluß sämtlicher Kohlezechen im Ruhr-gebiet) durchzusetzen, daß von jeder Tonne verkaufter Kohle 5 Pfennig an die NSDAP zu be-zahlen sei, mußte jedoch im Frühjahr 31 aufgrund der sich ändernden Wirtschaftslage auf-gegeben werden. Doch hatte die-se Aktion Hitler salonfähig gemacht und zum Repräsentanten einer industriellen Gruppe. Innerhalb kürzester Zeit sties-sen zu Hitler Leute wie Otto Steinbrinck von der Friedrich Flick KG, August Rosterg von der Wintershall AG, Ernst und Walter Tengelmann (Gelsen-kirchener Bergwerks AG und Essener Steinkohlebergwerks AG) und der ehemalige Reichsbank-präsident Hjalmar Schacht. Verschiedene Aktionen den Kan-zler Brüning zu stürzen scheiterten z.T. an Reichs-präsident Hindenburg aber auch an den anderen Industriel-ten. Trotz dieser Fehlschläge trafen sich am 11. Sept. 31 Albert Vögler, Rheinisch-West-fälisches Kohlesyndikat, Fritz Thyssen, Ernst Brandt und Ernst Poensgen, Vereinigte Stahlwerke AG (ein Zusammenschluß fast sämtlicher Verhüttungswerke im Ruhrgebiet) und Fritz Spring-orum von der Hoechst AG, wobei es wieder darum ging das Ka-binet Brünning zu stürzen. Als besonders gefährlich sa-hen die Industriellen Vorgänge seitens der Regierung über das Reichskommissariat für das Bankgewerbe größeren Einfluß auf die Wirtschaft zu gewinnen. Infolge dessen stiegen immer mehr Wirtschaftsführer zur NSDAP. Diese Furcht der Schwer-industrie und der Hochfinanz bewegte die rechten Parteien sich zur Harzburger Front zusammenzuschließen.

An diesem Punkt sollte man sich daran erinnern, daß die Kapita-listen keine einheitlich Gruppe bildeten, vielmehr sich in 2 bzw. 3 Gruppen aufteilten. Da war der Freundeskreis der NSDAP, kurz KepplerKreis genannt, des-sen Ziel die Errichtung einer faschistischen Diktatur, die Abschaffung der Parteien und der Gewerkschaften und die Auf-hebung der Tarifverträge war. Die 2. Gruppe waren Vertreter eines Staatsmonopolkapitalismus, auch deutscher Keynesianismus genannt, denen vor allem die deutsche Chemie - Elektro - und Verarbeitungsindustrie an-gehörte und die sich später in 2 verschiedene Richtungen auf-teilten. Vertreter dieser Ri-chtung waren die Ökonomen Joseph Schumpeter, Wilhelm Leutenbach, Ludwig Erhard und die Industriellen Carl und Robert Bosch, Gustav Krupp, Otto Wolf von Amerongen, Carl Friedrich von Siemens und Herman Bücher, aber auch sie verlangten ein autoritäres, antidemokratisches Regime, je-doch keine Nazi-Herrschaft. Der bedeutendste Unterschied des Keppler Kreises zu den Keynesianern, die zur Zusam-menarbeit mit den Nazis bereit waren, war die Forderung der

forcierten Aufrüstung. Im Frühjahr 32 verlangten die Keynesianer die Einbeziehung von Nazis in die Regierung, was aber Brüning verweigerte und diese Weigerung trug letz-endlich mit zu seinem Sturz im Mai 32 bei. Bei den darauffol-genden Auseinandersetzungen über die Einbeziehung der Ge-werkschaften zerbrachen die Keynesianer in 2 Gruppen.

Die rechten Keynesianer, da-runter auch Erhard, verlangten eine Arbeitsbeschaffung ohne Gewerkschaften und ohne Tarifv-ertrag, während die linken Keynesianer eben dies verlang-ten. Aufgrund dessen setzten sich die rechten Keynesianer mit Papen an der Spitze durch und bildeten im Juni 32 die Regierung, während die Groß-agrierer zum Großteil ins



Lager der Nationalsozialisten übergangen. Der Papenkreis zeigte sich gegenüber dem Keppler-kreis sehr kompromißbereit, was letztlich zu seiner Unter-ordnung unter diesen Kreis führte. Doch bevor es soweit war entwarf Papen noch einen Plan, indem er mit Hilfe der NSDAP eine Verfassungsreform durchführen wollte, die ein deutlicher Griff nach der Diktatur war, ihn aber letzt-endlich nur weiter unter die Kontrolle der Nazis brachte. Vor allem brach ihm die Wahl vom 6. Nov. das Genick. Der Versuch die Einsetzung Hitlers als Reichskanzler zu erzwingen scheiterte an der Hartnäckigkeit Hindenburgs, jedoch nicht auf einer Ablehnung der politischen Ziele Hitlers beruhte, denen Hindenburg wenn auch nicht zu-stimmte und befürwortete, so doch gleichgültig gegenüber stand, vielmehr aufgrund der sozialen Herkunft Hitlers, der weder von Adel sei noch es zum Offizier brachte, sondern wie Hindenburg ihn des öfteren nannte nur "ein böhmischer Ge-

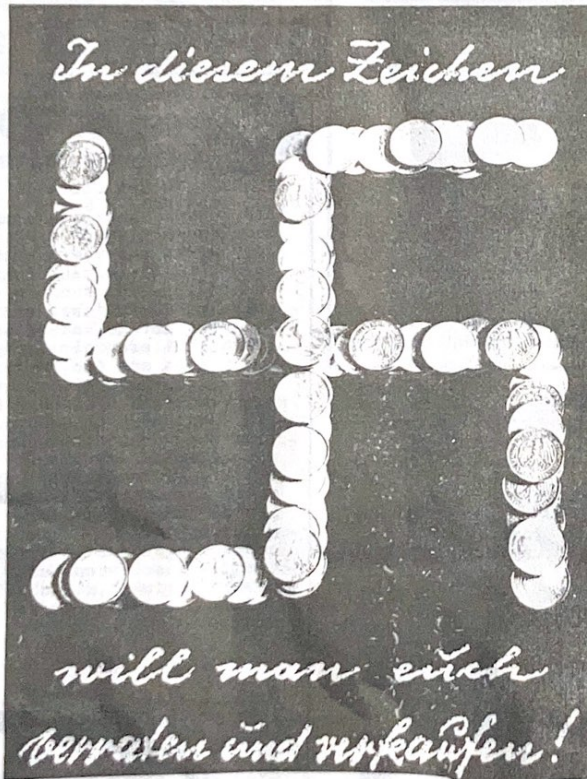
freit r", und so wurde Schlei-cher zum Reichskanzler ernannt, der aber nur noch geringe Teil-e der Wirtschaft hinter sich hatte. Schleichers "New Deal" Plan, analog dem Roosevelts, triff besonders bei den Indus-triellen und den Junkern auf Widerstand, da er auch einen Siedlungsplan Brünnings auf-griff, Land an arbeitslose Proletare zu verteilen, und seine wirtschaftliche Betre-bungen in den Augen der Indus-triellen Bolschewismus war. Für diese Ansicht der Indus-triellen ist die Aussage Fried-rich von Siemens charakterist-isch, der sagte: "angesichts einer bolschewistischen Gefahr, sei Hitler immer noch das kleinere Übel". Aufgrund dieser Gefährdung ihrer Interessen wurden die Ansteng-ungen des Keppler-Kreises immen intensiver Schleicher zu stürzen und Hitler zum Reichs-kanzler zu ernennen, wobei die NSDAP besonders große Geldmit-tel erhielt. Zur Durchführung dieses Vorhabens trafen sich Hitler, Hess, Himmler, Papen,

Schroeder und Keppler, wo man sich schnell einigte auf das vorbereitete Programm und der Unterordnung der Papengruppe unter die von Keppler. Am 30. Januar 33 war das Ziel erreicht Hitler war Kanzler und Papen Vizekanzler.

Ferner wäre noch zu klären, ob und in welcher Form in der

Bundesrepublik Verbindungen zwischen einzelnen Parteien (insbesondere der CDU und CSU) und verschiedenen Gruppierungen der Industrie und Hochfinanz, ihre Ziele und Vorstellungen und wer ihre Erfüllungsgehilfen in der Politik (Franz-Josef Strauß ?!) waren und sind.

(Ton)



John Heartfield

„Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen“ (Zitat:Kanzlerkandidat F.J.Strauß)

Die verhinderte Entmilitarisierung

Nach der bedingungslosen militärischen Kapitulation am 7./9. Mai 1945 folgte eine von den Hauptalliierten deklarierte staatlich-politische Kapitulation des Hitler-Deutschlands. Die Regierungsgewalt ging auf Regierungen der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens über. Sie bestimmten die Entwicklung der Neuordnung Deutschlands.

Die "Anti-Hitler-Koalition" (USA, SU, Großbritannien), 1941 gegründet, war von Anfang an nicht von gemeinsamen Zielsetzungen, sondern ausschließlich vom Willen der Abwehr der expansiven Kriegspolitik Hitlers getragen. Die ideologisch-politischen Unterschiede kamen nach Erreichen dieses Ziels verstärkt zum Vorschein. Indirekt begann daher der "Pal-

te Krieg" zwischen den "Westmächten und der Sowjetunion - auch Ursache für die Remilitarisierung Deutschlands - schon kurz nach Kriegsende. Die Fronten verhärteten sich zusehends, was für die "Westmächte als Argument" ("der Feind steht im Osten") für die Wiederbewaffnung Deutschlands diente, deren Hauptverfechter in Deutschland u.a. Konrad Adenauer war. Hinter ihm standen Größen der Wirtschaft, die, selbst mit nationalsozialistischer Vergangenheit, häufig bei der Beschlagnahme von Betrieben - z.B. der Eisen- und Stahl-Industrie (Rüstung!) - in ihren Stellungen belassen wurden, zunächst zur Weiterführung der Geschäfte, später dann wieder gänzlich unabhängig. Vor allem amerikanische und britische Beamte machten gerne Gebrauch von den guten Geschäftsbeziehungen mit deutschen Unternehmern.

Schon im Februar 1945 stand fest, daß Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt werden sollte. Daher ist anzunehmen, daß die "Westmächte, allen voran die USA, schon vor 1945 konkrete Pläne für die weitere Entwicklung Deutschlands erarbeitet hatten, eine Restauration des Kapitalismus und damit auch die Remilitarisierung lange vor ihrer endgültigen Realisierung als Tatsache bestanden.

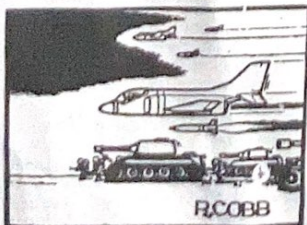
Die Potsdamer Konferenz (17. Juli - 2. August 1945) stand noch unter dem Zeichen des Einigungswillens aller Besatzungsmächte. Folgende Punkte wurden zwar beschlossen, aber entweder nur halb oder gar nicht in die Realität umgesetzt, denn die Rahmenbedingungen ließen jeder Besatzungsmacht genügend Spielraum zur eigenen Interpretation:

- Verbot der Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln (Abrüstung und Entmilitarisierung). In den Westzonen wurde die Industrie jedoch nie wirklich auf Frieden umgestellt. Auf Betreiben und mit finanzieller Unterstützung der USA sollte die Wirtschaft nach dem "Vorkriegsmuster" wieder aufgebaut werden.
 - Dezentralisierung des deutschen Wirtschaftslebens mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaft
 - völlige Entfernung nazistischer Lehren aus dem Bildungswesen
 - Behandlung Deutschlands als "wirtschaftliche Einheit"
- Zur Durchführung der Bestimmungen wurde ein paritätisch besetzter Kontrollrat berufen. Zum Zeitpunkt des Potsdamer Abkommens hatte sich in den USA mit der Wahl Trumans zum Präsidenten ein Wechsel von der Roosevelt'schen Verständigungspolitik mit der Sowjetunion zur "Containment-Politik" (Eindämmung des sowjetischen Einflusses) vollzogen. Die Sozialisierung der Schlüs-

selindustrien (Verfassungsartikel in Hessen und Nordrhein-westfalen enthielten Ansätze zur Sozialisierung der Schlüsselindustrien; wie Bergbau, Schwerindustrie und Großchemie. Diese Artikel wurden durch die amerikanische und britische Militärregierung suspendiert) und der Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED in der Sowjetzone, nahmen die Westmächte zum Anlaß einen härteren Konfrontationskurs zu fahren: Sie stellten Reparationslieferungen an SU am 3.5.46 ein, mit dem Hintergedanken, durch eine Steigerung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der UdSSR durch die Westmächte einen allmählichen Zerfall des Sowjetsystems herbeizuführen. Diesem Ziel sollte auch der Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Zone - endgültig vollzogen am 1. Januar 1947 - dienen. Daraufhin soll auch in der Sowjetzone ein Kernstaat entstehen.

Bei der Pariser Außenminister-Konferenz (15.6.-12.7.46) legt US-Außenminister Byrnes einen Plan zur Entmilitarisierung Deutschlands mit konkreten Vorschlägen zur Abrüstung auf 25 Jahre vor. Er wird von der SU abgelehnt, weil er die Reparationsfrage ignoriert, und weil die SU eine Entwertung von mindestens 40 Jahren fordert. Damit enden die "aktiven" Anstrengungen zur Entmilitarisierung Deutschlands - sie wird nie eingeleitet.

Am 5.6.47 setzen die USA mit dem Marshall-Plan (European-Recovery-Program = ERP) zur politisch-ökonomischen Offensive zur Gewinnung von Einfluß in Europa an. Westzonen sind in dieses Hilfsprogramm eingegliedert, SU nicht. Zu diesem Zeitpunkt fällt auch die Entscheidung über den Neutralitätsstatus, für den sich neben der SU auch Vertreter der CDU stark gemacht hatten. Nunmehr wurde von der USA und Adenauer offen von einer "Weststaats-Lösung" gesprochen. Sie als Bollwerk gegen den Ostblock. Im Februar 1948 wird in der Tschechoslowakei unter Einfluß der SU eine kommunistische Regierung berufen. Am 17.3.48 wird daraufhin der Brüsseler Fünf-



ichte-Vertrag ("Westunion") abgeschlossen, in dem sich Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Staaten erstmals nach Kriegsende nicht gegen ein Aufbeben der deutschen Gefahr wandten, sondern sich gegen SU zusammenschlossen.

ALLE REDEN VOM SPAREN



WIR NICHT !



Eine Information
des Bundesministeriums der Verteidigung

Die bereits eingeleiteten Verhandlungen der Weststaaten, unter der Führung der USA, zogen sich bis zur Unterzeichnung des "Nordatlantik-Pakts" (NATO) am 7.4.49 hin. Die Einbeziehung von Westdeutschland, dessen Grundgesetz vorbereitet werden sollte, war programmiert. Nach der Währungsreform am 18.6.48 bezieht Stalin Berlin in die Sowjetzone ein. Daraufhin richtet die USA die Luftbrücke nach Westberlin ein und verlegt Atom Bomber nach Westdeutschland. Schon 1948 ließ Adenauer den ehemaligen Nazigeneral und Kriegsverbrecher Speidel eine Geheimenschrift über die Wiederbewaffnung anfertigen, um dem späteren Staat die Funktionen der Besatzungsmächte übertragen zu können. Am 8.5.49 wird das Grundgesetz für die BRD verabschiedet, am 7.10.49 konstituiert sich die "Provisorische Volkskammer der DDR". Seit Herbst 49 wurde offen über einen militärischen Beitrag der BRD zur Verteidigung Westeuropas gegen einen fiktiven kommunistischen Angriff diskutiert. Amerikanische und britische Stäbe waren der Überzeugung, daß nur unter einer Beteiligung deutscher Streitkräfte Westeuropa wirksam verteidigt werden könnte. Nach dem Beginn des Korea-Kriegs (25.6.50), wo sich USA und SU gegenüberstehen, wird am 19.9.50 die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" gegründet, eine europäische Armee unter Beteiligung der BRD soll aufgestellt werden. Der Vertrag tritt am 27.5.52 in Kraft. Als die CDU am 6.9.53 die Mehrheit bekommt, wendet sich die BRD endgültig wieder einer aktiven Rüstungspolitik zu. Am 3.10.54 wird sie in die NATO aufgenommen, stellt kurz darauf selbst Divisionen auf und wird zum Aufmarschplatz der NATO-Truppen. Nach dem

Pläne für eine Bundeswehr schon seit 1950 bestanden, im Juli 1953 der Bundesgrenzschutz - Stammeinheiten für eine spätere Armee - ausgebaut und am 5.5.55 das Besatzungsstatut aufgehoben wurde, steht dem Beschluß im Juli 1956 zur Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht nichts mehr im Wege. Quellen: Die verhinderte Neuordnung, Eberhard Schmidt, EVA; Deutsche Geschichte 1945-75, Andreas Hillgruber, Ullstein; Referat von Karl Staudenmayer und Hans Prinzing, Süßen. (id)

Kurzinfos

IM ZEICHEN VON SALT-II

Die neuerlichen Bestrebungen der Vereinigten Staaten in Westeuropa und somit auch in der BRD Mittelstreckenraketen zu stationieren, könnten einen atomaren Rüstungswettlauf in Gang setzen. Die Raketen würden es den USA erstmals ermöglichen von Europa aus die Sowjetunion zu erreichen. Da dies in verstärktem Maße eine Bedrohung darstellen würde, wäre eine Gegenreaktion nur verständlich. Damit wird die Einsatzschwelle für atomare Waffen weiter herabgesetzt. Die Abrüstungsbestrebungen der USA werden dadurch unglaubwürdig, wenn Rüstungsbeschränkungen nur im Bereich technologisch veralteter Waffensysteme erfolgt, gleichzeitig jedoch qualitativ aufgerüstet wird.

57 Munitionslager sollen gebaut werden. Noch in diesem Jahr werden 57 moderne Munitionsbunker gebaut werden, in denen auch atomare Waffen und Neutronenbomben gelagert werden können. Für 1980 sind weitere 92 Bunker geplant. An diesem Beispiel ist auch ersichtlich, welchen Einfluß örtliche und regionale Gemeindeparlamente auf Entscheidungen der Bundesregierung haben. Sämtliche Proteste und Bedenken wurden zurückgewiesen, da die "Standorte der militärischen Planungen und Erfordernissen" entsprechen würden.

NEONAZIS SIND "FÖRDERUNGSWÜRDIG"

Nach einer Entscheidung des Landgerichts München ist die neonazistische Organisation "Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG) eine "gemeinnützige Körperschaft". Die Staatsanwaltschaft erklärte, daß Aufgaben und Ziele des DKEG sich "unter Einkommenssteuerrechtlich als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke subsumieren" ließe.

Das ANTI-STRAUSS-KOMITEE (ASK) stellt Diavorträge, Flugblätter, Plakate und Broschüren zur Verfügung. Bestellungen sind zu richten an: Heinz Jacobi, Martin Greif-Strasse 3, 8000 München 2.

Zur Diskussion um antifaschistische Arbeit heute

Diese Erklärung der VVN-Bund der Antifaschisten wurde nur mit zweiseitigen Gefühlen abgedruckt. Als Antwort auf unseren Artikel "Anti-NPD-Demonstration in Tuttlingen" in den "göppinger blättern Nr.11" erschien uns der Artikel der VVN ungenügend. Fragen, die von uns aufgeworfen wurden, sind nur bedingt geklärt. Nach wie vor bleibt unserer Meinung nach offen, warum sich die VVN nicht offiziell, per Ansage, an der abschließenden Demonstration vor der Tuttlinger Festhalle, die letztendlich zum Verbot der NPD-Kundgebung führte, beteiligte. Außerdem stehen in

der VVN-Replik Zitate, die uns nicht erklärlich sind, weil sie zum einen aus dem Zusammenhang gerissen sind, und zum anderen Gruppen (Antifaschistisches Komitee Tübingen, "Roter Pfeil" vom KABD) nennen, von denen in unserem Artikel überhaupt nicht die Rede ist. Vielmehr kritisierten wir, daß die VVN nicht mit dem Antifaschistischen Komitee Tuttlingen zusammengearbeitet hat. Der Hinweis auf die antifaschistischen Prinzipien, denen sich die VVN verpflichtet fühlt, erklärt nicht, warum eine Zusammenarbeit mit dieser Gruppe abgelehnt wurde. (Red.)

„Es gibt noch einiges richtigzustellen?“

Mit Erstaunen mußten wir dem genannten Artikel eine Reihe von Unrichtigkeiten entnehmen. Es sollte auch im Interesse Ihrer Leser sein, wenn wir diese mit der anhängenden Erklärung richtig stellen und bitten Sie daher, diese Erklärung in Ihrer nächsten Ausgabe abzdrukken.

Als verantwortlicher Leiter der Protestkundgebung der VVN-Bund der Antifaschisten am 6. Mai in Tuttlingen, muß ich solche, wenn auch nur "sinngemäße" Äußerungen wie "so Leute geht jetzt heim, wir wollen die NPD-Kundgebung friedlich verhindern", entschieden zurückweisen. Meine wirkliche Ansage auf der Kundgebung war: "Diese Kundgebung ist beendet, damit ist aber nicht unser Kampf gegen die neonazistische NPD beendet". Auf die vielen weiteren Unrichtigkeiten will ich im einzelnen gar nicht eingehen, diese werden durch unsere Erklärung richtig gestellt.

ERKLÄRUNG

zur antifaschistischen Protestaktion gegen den NPD-Parteitag am 6. Mai 1979 in Tuttlingen

Am 6. Mai wurde in Tuttlingen den Neonazis das Fürchten gelehrt. Mehr als 5000 Demokraten, Antifaschisten und Nazigeegner zeigten mit ihrer Demonstration, einer machtvollen Kundgebung und der Blockade der Zufahrten zur Festhalle, daß sie nicht länger bereit sind, solche neonazistischen Provokationen hinzunehmen. Das Beispiel Tuttlingen hat gezeigt, daß das disziplinierte, machtvolle Auftreten aller Nazigeegner zu dem wir VVN-Bund der Antifaschisten aufgerufen haben, in der Lage ist, Naziprovokationen zu stoppen und deren Aufmärsche zu verhindern. Unser Bestreben war es von Anfang an zusammen mit anderen demokratischen Organisationen eine Protestaktion durchzuführen, an der sich jeder Nazigeegner, unabhängig von seiner Weltanschauung oder seinem politischen Standort, beteiligen konnte.

Zu dieser von uns organisierten Protestaktion haben mitaufgerufen und getragen: Der Stadtjugendring Tuttlingen, die Naturfreunde Ortsgruppe, die DKP, die SDAJ und der MSB. Vertreter dieser politischen Organisationen kamen auch als Redner

auf unserer Kundgebung zu Wort. Ferner unterstützten viele Kollegen aus den DGB-Gewerkschaften und Mitglieder der SPD durch ihre Teilnahme unsere Antifaschistische Protestaktion. Darüberhinaus beteiligten sich an dieser Aktion zahlreiche Teilnehmer von antifaschistischen Komitees aus verschiedenen Orten Baden-Württembergs. Der machtvolle Protest brachte es schließlich zu Stande, daß der Oberbürgermeister von Tuttlingen den vom Freiburger Verwaltungsgericht ausdrücklich genehmigten Naziaufmarsch erneut verbieten konnte. Nach mehreren Gesprächen am Sonntag nachmittag zwischen dem Oberbürgermeister von Tuttlingen und dem verantwortlichen Leiter der VVN-BdA-Protestaktion, Fritz Besnecker, sowie dem Vorsitzenden der Naturfreunde-Ortsgruppe, Siegfried Watter, verbot Oberbürgermeister Balz den neonazistischen Aufmarsch der NPD, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Tuttlingen zu gewährleisten. Die Blockade der Festhalle in der die NPD versammelt war durch

viele tausend Demokraten, erleichterte dem Oberbürgermeister von Tuttlingen sichtlich diese Entscheidung. Tuttlingen zeigt, daß es möglich ist, mit legalen friedlichen Mitteln neonazistische Aufmärsche zu verhindern. Dies war auf einem Teilgebiet des antifaschistischen Kampfes ein Erfolg. Mit dem Kampf gegen die Neonazis allein wird die Rechtsentwicklung und der Abbau demokratischer Rechte jedoch nicht verhindert. Die Hauptgefahr dieser Entwicklung in der Bundesrepublik geht nicht nur von der NPD aus. Aktuelle Zeichen für die verschärfte Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik sind die Wahl des Exnazi Karl Carstens zum Bundespräsidenten und des Superreaktionärs Franz Josef Strauss zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU. Eine viel größere Gefahr für die zunehmende Rechtsentwicklung kommt von den politischen Kräften, die sich in und um die CDU/CSU organisiert haben, ihrem politischen Streben gilt es, Einhalt zu gebieten. Diese seit



Adenauer betriebene Politik hat dem Neonazismus Vorschub geleistet. Unser antifaschistischer Kampf in Gegenwart und Zukunft ist auf die Verwirklichung des Vermächnisses des Widerstands gerichtet. Er schließt insbesondere die Rückbesinnung auf die Ansätze zum demokratischen Neubeginn in den Jahren nach 1945 ein. Es geht um die Durchsetzung der Ziele, die trotz weltanschaulicher Unterschiede den verschiedenen Widerstandsgruppen und den neu gegründeten demokratischen Parteien und Gewerkschaften gemeinsam waren.

Ihr Ziel war es damals, eine grundlegende demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft herbeizuführen. Eine antifaschistisch-demokratische Ordnung sollte geschaffen werden, die ein Wiederaufleben des Faschismus ein für allemal unmöglich machen, seine sozial-ökonomischen, politischen und ideologisch-weltanschaulichen Wurzeln ausrotten und dem deutschen Volk eine Zukunft in Frieden, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand gewährleisten sollte.

Die Antifaschisten-belehrt durch die geschichtlichen Erfahrungen- wollen

- den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ein für allemal unmöglich machen. Wir gehen dabei von der Verantwortung der Großkonzerne und Banken für die Errichtung der faschistischen Diktatur, für das Wettüben und die Auslösung des Eroberungskrieges gegen fremde Völker aus;
- die Achtung der Bürger- und Menschenrechte sichern, eine Ordnung schaffen, die jedermann gleiche Chancen und Möglichkeiten für die Entfaltung seiner Persönlichkeit gewährt;
- umfassende Rechte der Teilnahme und Mitbestimmung des Volkes an allen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft verwirklichen, eine umfassende demokratische Kontrolle durchsetzen;
- einen außenpolitischen Kurs der Völkerverständigung, der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und der umfassenden Abrüstung einleiten.

Das Eintreten für Entspannung und Abrüstung ist ein integraler Bestandteil des antifaschistischen Kampfes vor und nach 1933 und auch heute. Antifaschistischer Kampf unter Berücksichtigung von Lehren aus der Nazizeit beinhaltet daher zugleich entschiedenen Widerstand gegen Antikommunismus und Antisowjetismus. Die Gemeinsamkeit die die demokratischen Kräfte nach 1945 über die Prinzipien und Postulate einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung erzielt hatten, fand zum Teil, wenn auch schon durch die politische Entwicklung der ersten Nachkriegsjahre abgeschwächt, ihren Ausdruck in zahlreichen Bestimmungen des Grundgesetzes. Die antifaschistischen Prinzipien und Postulate des Grundgesetzes bilden auch heute einen unverzichtbaren Rahmen und Ausgangspunkt der Einheit der antifaschistischen Kräfte und damit der Kampf gegen die stete Aushöhlung des Grundgesetzes.

Wer aber erklärt: "Wir sind der Meinung, daß weder die Abbehnung noch die Zustimmung zur KSZE oder der Sowjetunion oder dem Grundgesetz Voraussetzung der Zusammenarbeit sein darf" (Antifa-Komitee-Tübingen). oder "Durch ihr (VVN-BdA) Verhalten wird klar, daß ihr das Grundgesetz näher steht als der antifaschistische Kampf" (Roter Pfeil Nr. 3/39 Stud. Zeitschrift KABD).

Mit dem kann es keine Bündnisse geben. Wer die antifaschistischen Prinzipien des Grundgesetzes ablehnt, wer mit scheinrevolutionären oder offen reaktionären Begründungen die Notwendigkeit und Möglichkeit gemeinsamen Handelns von Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberalen und Christen negiert, der stellt sich selber auf eine Plattform, auf der keine antifaschistische Einheit möglich ist. Wir werden uns auch nicht durch die Taktik beeindrucken lassen, den antifaschistischen Kampf auf der Grundlage sogenannter Minimalplattformen zu führen. Die antifaschistische Einheit ist nur auf der Grundlage der oben dargelegten positiven Prinzipien im Kampf für Demokratie und Frieden möglich. Einen kleineren gemeinsamen

Nenner für die Verständigung der antifaschistischen Kräfte gibt es nicht. Minimalplattformen, in denen diese Grundpositionen des Antifaschismus, z.B. die antifaschistischen Postulate im Grundgesetz "ausgeklammert" werden, sind darum im Grunde keine Minimal-, sondern eine Nullplattform. Sie sind dazu angetan, die politische Wirksamkeit des antifaschistischen Kampfes nach und nach dem Nullniveau anzunähern. Wer seine "antifaschistische Aktionseinheit" nur auf den Kampf gegen die Neonazis begrenzt, kann für sich nicht in Anspruch nehmen, Antifaschist zu sein, er ist bestenfalls ein Gegner der neonazistischen NPD.

Das sind die Gründe, warum wir die Forderung, die Afaks als unsere Bündnispartner anzuerkennen, abgelehnt haben. Im übrigen ist jeder willkommen, der unsere antifaschistischen Aktionen unterstützen will. Dies verpflichtet niemand, unser Orientierungs- und Aktionsprogramm in seiner Gesamtheit anzuerkennen.

Wir lassen uns jedoch andererseits durch niemand von den politischen Kräften isolieren, deren Einbeziehung in den antifaschistischen Kampf unverzichtbar ist, das lehrt uns der 30. Januar 1933. Hinter diesen Lehren stehen die Millionen Opfer des Faschismus.

Stuttgart, 29. Juni 1979
Im Auftrag des Landesvorstands

Nachsatz zur "Erklärung zur antifaschistischen Protestaktion gegen den NPD-Parteitag am 6. Mai in Tuttlingen".

Außer den in dieser Erklärung genannten Afaks gibt es in Baden-Württemberg Antifaschistische Komitees, z.B. in Göppingen, die von ihrer Zielstellung, ihrer Aktivität und Zusammensetzung her eine echte Basis für breite demokratisch-antifaschistische Bündnisse bieten. Auf diese trifft die Kritik dieser Erklärung nicht zu.

Mit freundlichen Grüßen
Fritz Besnecker

Kurzinfos

ROCK GEGEN RECHTS

Seit Mitte August hat jetzt auch die Rock-Gegen-Rechts-Bewegung ihre eigene Zeitschrift. Inhalt der ersten Nummer: Festival am 17. Juni in Frankfurt, Interview mit Misty und Lindenberg, Diskussion um das Festival Vlotho '79. Die erste Nummer

hat 20 Seiten und kostet eine Mark. Sie ist über folgende Adresse nebst anderem Informationsmaterial erhältlich: Initiative WORT GEGEN RECHTS i.d. Kulturkommission der AGAV, c/o Norbert Ney, Postfach 656, 7000 Stuttgart

SCHEIBE BEIM TÜRKISCHEN ARBEITERVEREIN EINGESCHLAGEN!

Zwei Jugendliche haben am 10.8. die Schaufensterscheibe des Türkischen Arbeitervereins in der

Ziegelstr. 40 eingeschlagen. Da die Polizei die Jugendlichen nicht fassen konnte, läßt sich über deren Motivation nur spekulieren. Man könnte dies allerdings im Zusammenhang mit dem neuerlichen Auftreten der "Grauen Wölfe" (Flugblattaktion) sehen, die sich bekanntlich gegen alle demokratischen Organisationen wenden. Hier gegen den Türkischen Arbeiterverein.

Das weltweite Wettüsten

In den nächsten Gruppentreffen wollen wir uns in der Jugendgruppe mit dem Thema Frieden und Abrüstung, Wettüsten und Arbeitsplätze beschäftigen. Ich soll einen Abend inhaltlich vorbereiten. Dazu habe ich mir mit viel Mühe einiges Material zusammengesucht, allerdings ist alles so kompliziert, daß ich kaum noch durchblicke. Der nächste Abend kann nicht wie geplant durchgeführt werden, weil ich ungünstig vorbereitet bin. Die Kollegen sind sauer.

"Gemeinsam packen wir es", meint Gerda, "das gilt auch hier". Wir teilen die Themen neu auf. Am folgenden Jugendgruppenabend werden alle Ergebnisse zusammengetragen. Ich muß gestehen, ich habe nicht viel verstanden!

MBFR, Salt I, Salt II, Helsinki-Konferenz, UN-Abrüstungskommission, Genfer Abrüstungskonferenz. Fast täglich hören wir diese Begriffe im Fernsehen und Radio. Irgendein Zwischenbericht irgend-einer Verhandlung, irgendeiner Kommission. Aber, wer blickt denn da noch durch?

Fast täglich hören wir auch von Anschlägen, Angriffen, Grenzverletzungen, von Kriegsdrohung und von Kriegen. Ist denn dieses Einfache — in Frieden zusammen zu leben — so schwer zu machen? Muß Frieden auf dem Grundsatz des gegenseitigen Abscheuens aufbauen? Wozu eigentlich noch Wettüsten, wenn jetzt schon Kanonen, Waffen und Bomben vorhanden sind, die die Erde 900 mal in die Luft sprengen können? Was geht eigentlich in den Köpfen von Menschen vor, die z. B. "Chemische Waffen" einsetzen, die eine Landschaft so vernichten, daß sie auf Jahre unbrauchbar wird?

So viel konnte zur Klärung der Begriffe und zur gegenwärtigen Abrüstungsdiskussion zusammengetragen werden:

In den seit 1959 laufenden Abrüstungsverhandlungen wird eine allgemeine und vollständige Abrüstung angestrebt. In den vorhandenen Verträgen sind die Kernwaffenversuche in Luft und Wasser verboten, darf der Weltraum nur friedlich genutzt werden, dürfen Kernwaffen nicht verbreitet werden, Vernichtungswaffen nicht im Meer gelagert werden, ist die strategische Rüstung begrenzt, soll die Atomenergie nur friedlich genutzt werden, ist die Gesamtmenge der Raketen auf dem Land, in U-Booten und bei Flugbomben begrenzt, sind sämtliche chemische und biologische Waffen verboten. Na und? Frage ich mich. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Atom- und Wasserstoffexperimente werden bekannt. Die klügsten Köpfe der Welt denken die schlimmsten Vernichtungswaffen aus — wie z. B. die Neutronenwaffe, statt ebensoviel Zeit, Energie, Geist und Geld in die friedliche Nutzung der Roh- und Werkstoffe zu verwenden.

1979 jährt sich der Beginn des zweiten Weltkrieges zum 40. Male.

Mich interessieren die vielen militärischen Überlegungen nicht, mit denen man fast alles rechtfertigen kann. Ich weiß nur, daß die Neutronenbombe der Gipfel aller bisherigen Kriegsuberlegungen ist. Haben die Menschen aus der schrecklichen Geschichte nichts gelernt? Sehen wir nicht fast täglich im Fernsehen die grausamsten Bilder von Kriegshandlungen in allen Teilen der Erde? Haben denn die Menschen immer noch nicht begriffen, daß wir uns sozusagen schon ein "Weltgrab" geschaufelt haben durch die Stationierung von Atombomben?

Karl meint, daß Atomkraftwerke die Wirkung von Atombomben haben. Allein dadurch, daß sie nicht sicher sind.

Nina wirft ein, daß ohne den Bau von Atomkraftwerken das wirtschaftliche Wachstum gefährdet sei.

"Das gleiche gilt auch für die Abrüstung", führt sich Fritz herausgefordert: "Unter den vorhin genannten Umständen ist es ja wohl noch erlaubt, zu fragen, was für uns arbeitende Menschen eigentlich wirtschaftliches Wachstum heißt. Etwa sichere Arbeitsplätze? Keine Arbeitslosigkeit? Steigende Löhne? Leichtere Arbeit? Freizeit? Mehr Bildung? Wachstum kann doch nicht sein, daß 52 Mrd. DM (nach Nato-Kriterien) von unseren Steuergeldern für das Militär aufgewendet werden!

Zahl der Arbeitsplätze, die bei einer Ausgabe von 1 Milliarde Dollar im Staatshaushalt in verschiedenen Beschäftigungszweigen geschaffen werden können:

Rüstung	35 000
Öffentlicher Dienst	132 000
Bildungswesen (Lehrer)	100 000
Gesundheitswesen (Krankenpfleger)	77 000
Bauwesen	76 000

Durchschnittlich 700 DM bezahlt heute jeder Bundesbürger für militärische Ausgaben. Dadurch werden aber keine gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigt. Das ist Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums. Denn nach 5-10 Jahren werden Panzer, Raketen, Flugzeuge usw. verschrotet, weil sie nicht mehr dem neuesten technologischen Stand entsprechen. Würden diese Milliarden eingesetzt, um z. B. die Bildungsmöglichkeiten zu verbessern, Arbeitsplätze zu schaffen, oder Straßenbahnen billiger fahren zu lassen, würden sie uns weit mehr nutzen."

Ein weit verbreitetes Argument wird von Anne geäußert, nämlich, daß Abrüstung Arbeitsplätze gefährdet. „Ist denn das wirklich so?“

Für diese Ausgabe planten wir einen Beitrag zum Thema RÜSTUNG - ARBEITSPLÄTZE - RÜSTUNGSKONVERSION. Der Artikel konnte nicht rechtzeitig fertiggestellt werden. Wir halten dieses Thema nicht zuletzt deshalb für wichtig, weil gerade auch unter Gewerkschaftsmitglie-

dern die Meinung, mehr Rüstung bedeute mehr Arbeitsplätze, weit verbreitet ist. Dies ist ein Irrtum. Im folgenden veröffentlichen wir einen Auszug aus der empfehlenswerten Broschüre "Antikriegstag", die vom DGB Landesbezirk Nordrhein-Westfalen herausgegeben wird. *Red.*

Walter erwidert, daß in der Rüstungsindustrie und in der Bundeswehr etwa 1,5 Mio. Menschen beschäftigt sind.

„Gerade in der Rüstungsindustrie werden die neuesten Techniken angewandt und wird rationalisiert. Dadurch sind Arbeitsplätze gefährdet, denn Rationalisierungen vernichten mehr Arbeitsplätze als sie neue schaffen. Frage: Wenn wir selbst zu bestimmen hätten, würden wir unsere Arbeitskraft und die Maschinen einsetzen, um Panzer und Kanonen zu bauen? Also Zeug, das niemanden etwas nützt? 1,5 Mio. Menschen und 52 Mrd. DM könnten sinnvoller eingesetzt werden, z. B. für den Ausbau von Krankenhäusern, Kindergärten, öffentlichen Bildungseinrichtungen oder Jugendzentren. Um es auf einen Nenner zu bringen: Geld ist genug vorhanden, es wird nur falsch eingesetzt.“

Einer unserer ganz Schläuen — Willi — behauptet, daß Abrüstung die technologische Entwicklung der Bundesrepublik gefährden würde. Ärgerlich blockt Ute ab: „Unsinn!“

„Es ist doch richtig, daß Forschungsergebnisse aus der Rüstung, z. B. Elektroniksteuerung von Flugzeugen usw. auch in der Friedensproduktion verwertet werden“, versucht Willi seinen Standpunkt zu halten. Karl schaltet sich ein: „Muß man erst diesen Umweg machen? Kann nicht — bei vernünftiger Forschungspolitik — direkt für gesellschaftliche Bedürfnisse geforscht werden? Auch die teure Weltraumforschung wird häufig damit begründet, daß dadurch für den privaten Konsum wichtige Fortschritte abfließen. Aber, muß man erst zum Mond fliegen, um die Teflon-Pfanne erfinden zu können?“

Alternativen zur Rüstungsproduktion

Mit dieser Frage habe ich mich bisher nicht beschäftigt.

„Meinst Du denn, daß das irgendwie ginge?“ frage ich Jupp verunsichert.

„Warum nicht? Bei Lucas Aero Space, ein größerer Hersteller von Militärflugzeug-Elektronik in England, z. B. haben Arbeiter und Ingenieure darüber nachgedacht, wie anstelle von Waffen auch Zivilprodukte hergestellt werden können. Aber, sie haben nicht nur nachgedacht, sie haben auch gehandelt. Ihre Grundidee war, sozial vernünftige Produkte herzustellen und gleichzeitig die Arbeitsplätze zu sichern. Innerhalb von 5 Jahren hatte sich die Belegschaft von 17000 auf 13000 Beschäftigte verringert. Die Arbeiter gingen davon aus, daß es gelingen müßte, die Arbeitsplätze, die mit sehr teuren Maschinen ausgestattet sind, so zu gestalten, daß auch zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden können. Hinzu kam, daß sie ihre Arbeitsplätze nicht weiterhin dadurch sichern wollten, daß in der Welt weitergerüstet wird. Deshalb haben die Shop Stewarts, das sind gewerkschaftliche Vertrauensleute, eine

Umfrage im Betrieb gestartet, wie mit der vorfindlichen Technik im Betrieb und bei den Arbeitern vorhandenen Fertigkeiten und Kenntnissen andere Produkte erzeugt werden können.

Es gingen rund 150 Vorschläge ein. Darunter: Medizinische Geräte, leichte Straßen- und Schienenfahrzeuge, bessere Transportsysteme, ferngesteuerte Maschinen, die die Arbeit der Menschen erleichtern usw. Sie erreichten durch diese Aktion, daß sogar im Fernsehen einige ihrer Vorschläge in technischen Sendungen geschildert wurden. Auch staatliche Stellen zeigten Interesse zum Beispiel für das kombinierte Straßen-Schienenfahrzeugsystem. Die Arbeiter haben für die Umsetzung ihrer Vorschläge auch Pläne einer Neuorganisation des Arbeitsablaufes und der Arbeitskontrollen entwickelt, wie z. B. die Einführung selbstständiger Arbeitsgruppen und Projektteams, verbunden mit umfassendem Ausbildungs- und Umschulungsprogramm.“

„Wie hat denn die Geschäftsleitung darauf reagiert?“, will ich wissen.

Jupp ist gut informiert: „Die Unternehmensleitung sah in diesen Plänen eine Herausforderung an ihr ureigenstes Recht, zu bestimmen, was und wie produziert wird. Deshalb lehnte sie alles ab. Dennoch konnten die Arbeiter ein Ziel erreichen: Anstehende Entlassungen wurden verhindert, indem sie Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihres Planes androhten. Ein weiterer Erfolg ist, daß in weiteren Betrieben der englischen Rüstungsindustrie inzwischen Gruppen und Ausschüsse gebildet wurden, die die den Rationalisierungsplänen der Konzerne entgegensetzen wollen. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie bereit sind, für das Recht auf Arbeit an sinnvollen Produkten zu kämpfen und neue Wege zu mehr wirtschaftlicher Demokratie einzuschlagen. Sie haben auch gelernt, bewußter mit dem technischen Fortschritt umzugehen! Diese Veränderungen sind nur mit und in den Gewerkschaften durchzusetzen.“

Inzwischen, so habe ich erfahren, sind in Schweden, Norwegen und auch in der Bundesrepublik ähnliche Überlegungen angestellt worden.

Literaturhinweise:

- Ulrich Albrecht, Peter Lock, Herbert Wulff: Arbeitsplätze durch Rüstung? Rowohlt Vlg.
- Christian Wellmann: Rüstungsproduktion, Arbeitsplätze und gewerkschaftliche Interessensvertretung in: Arbeiterinteressen gegen Sozialpartnerschaft - Rotbuch Verlag

Helmut Winkelbauer:

-9-

Über die Menschenwürde

Für Gertrud Nostadt und Klaus Wuckelt

als Dank für die Flöten, die sie mir
geschenkt haben

"Die Würde des Menschen ist unantastbar."
Als ich diesen Satz aus unserem Grundgesetz
zum ersten Mal las oder hörte,
fragte ich mich:
"Was ist das eigentlich,
die Würde des Menschen?"

Ich war damals noch jung,
doch daß sie etwas anderes sein mußte
als Dinge,
wie zum Beispiel ein Stein, eine Blume oder
ein Vogel,
die man mit den Händen anfassen kann,
die man unmittelbar
mit den Augen sehen
oder vielleicht mit den Ohren hören kann,
das wußte ich schon.

Und ich wußte auch schon,
daß es Dinge,
wie zum Beispiel Liebe, Haß oder Frieden gibt,
die wir nur mittelbar
durch die Handlungen der Menschen,
vielleicht auch durch ihre Gestik und Mimik
oder aber vielleicht durch eigenes Erleben
wahrnehmen können.

"Ein solches Ding
könnte doch auch die Würde des Menschen sein."
dachte ich damals.
Und also machte ich mich auf die Suche
nach der Würde des Menschen.

Ich suchte lange nach ihr,
doch ich fand sie nirgends.
Nirgendwo ein Hinweis auf sie,
nirgendwo eine Spur von ihr.



Da versuchte ich,
sie mit meinen Gedanken zu fassen.
Ich wollte sie definieren:
"Die Würde des Menschen ist,
wenn..."
"Ein Mensch besitzt seine Würde,
wenn er..."
Erst wenn ich einen solchen Satz
zu Ende führen könnte,
-dachte ich damals-
hätte ich die Würde des Menschen erkannt,
würde ich,
was sie ist.

Doch alle Versuche waren vergebens.

Und dabei vergaß ich auch ganz,
daß wir doch auch Dinge wie Liebe, Haß oder
Frieden

nicht definieren können;
daß wir doch auch solche Dinge
nur in kläglichen Versuchen
in Form von Gedichten oder Geschichten
umschreiben vermögen.



Als mir das klar geworden war,
versuchte ich,
die Würde des Menschen
auf die gleiche Weise
zu erfassen,
wie Liebe, Haß oder Frieden.
Doch wie sollte ich dabei vorgehen,
wenn da nirgendwo ein Hinweis auf sie,
nirgendwo ein Anhaltspunkt war?

"Eine hohle Phrase also",
dachte ich dann nach langem, vergeblichem
Suchen.

Das Bundesverfassungsgericht beruft sich
bei der Ablehnung der Fristenlösung auf
den Artikel 1, Abs. 1 des Grundgesetzes:
Die Würde des Menschen ist
unantastbar



"Ein Wort für eine Sache,
die es nie und nirgendwo
gab, gibt oder geben wird.
Ein Wort,
mit dem man Menschen betrügt."

So dachte ich,
bis ich dann irgendwann einmal
durch glückliche Umstände
für kurze Zeit
selbst in eine Situation geriet,
in der ich in den Genuss
dieser Würde des Menschen kam.

So wichtig es auch wäre,
ich kann nichts Näheres mehr
über diese glücklichen Umstände sagen.
Es ist schon zu lange her.
Ich weiß nur noch,
daß ich mich damals geliebt fühlte,
und daß ich damals
auf eine vollkommene Weise als sonst
zu lieben fähig war.

Und würde mich heute jemand beten,
die Würde des Menschen zu definieren,
ich würde es
-trotz aller Bedenken
gegen eine solche Definition-
auf folgende Weise versuchen:

"Der Mensch besitzt die Würde des Menschen,
wenn es ihm durch die Verhältnisse,
in denen er leben muß,
möglich gemacht wird,
so zu leben,
so zu denken und zu handeln,
daß er sich selbst,
all seine Fehler sehend,
und sie bekämpfend,
voll und ganz annehmen,
voll und ganz
als Mensch fühlen kann.

Und dadurch wird es dem Menschen
dann vielleicht auch möglich werden,
die anderen Menschen,
mit denen er zusammen leben muß,
voll und ganz
als Menschen anzunehmen,
all ihre Fehler sehend,
und wenn sinnvoll,
sie auch kritisierend,
und sich gegen sie wehrend.

Die Verwirklichung der Würde des Menschen
wäre somit
das Ende der Selbstverachtung und der Verach-
tung,
das Ende des Selbsthasses und des Hasses
und der Beginn der Liebe.

Und um diese Würde des Menschen
zu verwirklichen
sind mehrere Anstrengungen
von uns verlangt:
Wir müssen
jeder von uns
sich selbst bemühen,
diese Würde des Menschen zu erlangen.
Und wir müssen
jeder von uns
versuchen,
den Menschen,
mit denen wir zusammen leben müssen,
zu dieser Würde des Menschen
zu verhelfen.
Und wir müssen
jeder von uns
versuchen,
diese unsere Gesellschaft,
in der wir leben müssen,
so zu verändern,
daß es uns allen leichter wird,
diese Würde des Menschen zu erreichen.

Als mir das alles klar geworden war,
wußte ich auch,
wieso ich so lange
vergeblich nach dieser Würde des Menschen
gesucht hatte:
Wie sollte es auch leicht sein,
sie zu finden,
in einer Gesellschaft,
wie der unseren,
in der sie an fast allen Menschen
fast tagtäglich
verletzt wird,
in der nur wenige von uns,
die einen für längere,
die anderen für kürzere Zeit,
in ihren Genuß kommen.

Aber ich habe einen Traum:
Ich träume davon,
daß irgendwann einmal
hier in unserem Land
und überall auf der Erde
eine Zeit kommt,
in der es wieder genauso schwer sein wird
wie heute,
diese Würde des Menschen zu finden,
dann aber nicht mehr,
weil sie so eine Seltenheit ist,
sondern weil sie zum Selbstverständlichen
geworden.



Ich weiß,
daß das nur ein schöner Traum ist,
der wahrscheinlich nie in Erfüllung gehen
wird.

Doch ich finde,
daß wir wenigstens versuchen sollten,
diesem Traum ein Stück näher zu kommen.

Wer wollte uns beweisen,
daß wir dabei keine Chancen haben?
Und wie wollte er uns das beweisen?

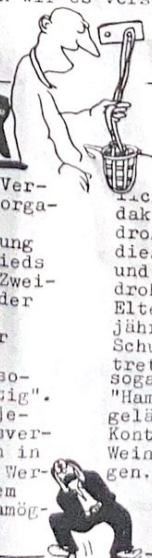
Und ich finde,
solange uns das nicht bewiesen wird,
sollten wir es versuchen.

ZENSUR

Eislinger Schülerzeitung ver-
boten
Am 16. Juni wurde der Redaktion
"der Hammer" (Gymnasium Eislin-
gen) vom Schulleiter der Ver-
trieb der neuesten Ausgabe (NR. 13)
auf dem Schulgelände verboten.
beanstandete Punkte waren:
1) Ein Artikel einer Schülerin
("Die 'normale' Sexualität"),
der -so der Schulleiter-"in ho-
hem Maße jugendgefährdende 'Ele-
mente' enthalte. Als Beispiel da-
für nannte er den Begriff 'va-
ginaler Orgasmus'.
2) Ein Artikel zur Wahl des ehe-
maligen NSDAP- und SA-Mitglied
Karl Carstens in das Amt des

Bundespräsidenten (Schiele: Ver-
ächtlichmachung von Staatsorga-
nen)
3) Ein Artikel zur Erschießung
des mutmaßlichen RAF-Mitglieds
Elisabeth van Dyck, in dem Zwei-
fel an der Notwehrversion der
Polizei angemeldet wurden.
(Schiele: Verherrlichung der
Terroristenszene)
Außerdem sei der "Hammer" so-
wieso "im ganzen zu einseitig".
Die Schulleitung gab sich je-
doch nicht mit dem Verkaufsver-
bot zufrieden: Nachdem schon in
der Vergangenheit jegliche Wer-
bung für den "Hammer" auf dem
Schulgelände fast völlig unmög-

lich gemacht und "Hammer"-Re-
dakturen mit Starfanzeigen be-
droht worden waren, wurde auch
diesmal versucht, Redakteure
und Leser einzuschüchtern. So
drohte Schulleiter Schiele den
Eltern zweier noch nicht voll-
jähriger Redakteure deren
Schulausschluß an, der stellver-
tretende Schulleiter versuchte
sogar Schüler vom Erwerb des
"Hammer" außerhalb des Schul-
geländes anzuhalten. ("Hammer"-
Kontaktadresse: Thomas Hajer,
Weingartenstr. 94, 7332 Eislin-
gen, Tel. 88380)



AUF RUF!



In den vergangenen Monaten ist immer deutlicher geworden, daß die Bundesregierung trotz aller Proteste in der Bevölkerung und trotz der Geschehnisse in Harrisburg weiter am Atomenergieprogramm festhält. Die bestehenden AKW's sollen ungeachtet ihres katastrophalen Zustandes weiter betrieben, neue AKW's gebaut und das Entsorgungszentrum Gorleben mit Wiederaufbereitungsanlage langfristig realisiert werden. Wir wollen in Bonn demonstrieren, um damit zum Ausdruck zu bringen, gegen wen sich unser Protest und Widerstand richtet:

Gegen die politisch Verantwortlichen des Atomprogramms, die Bundesregierung, allen voran Bundeskanzler Schmidt und Wirtschaftsminister Lambsdorff. Sie richtet sich gegen den Betrug, die Arroganz, die Selbstgefälligkeit und die Menschenfeindlichkeit der Politiker in Bonn von SPD, FDP und CDU/CSU, die nicht uns, sondern den Profitinteressen der Großkonzerne verpflichtet sind. Das beweisen sie tagtäglich, wenn sie geschlossen das Atomprogramm gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchsetzen wollen.

- Sie haben uns belogen mit dem Märchen von der Sicherheit und Umweltfreundlichkeit der Atomanlagen. Sie behaupten auch noch jetzt nach der Katastrophe von Harrisburg noch wider besseren Wissens, in deutschen AKW's sei ein solcher Unfall ausgeschlossen. Sie fordern gleichzeitig eine erhöhte Risikobereitschaft der Bevölkerung und verteilen Jodtabletten.
- Sie stellen die betroffenen Bauern als rückständig und fortschrittsfeindlich dar, obwohl sie wissen, daß der Bau von AKW's die Existenz der dort lebenden Bauern ruiniert und die landwirtschaftlichen Produkte durch radioaktive Strahlung verseucht.
- Sie behaupten, ohne Atomstrom gingen uns bald die Lichter aus, obwohl sie doch aus ihren eigenen Zahlen wissen, daß wir eine enorme Stromüberkapazität haben.
- Sie behaupten, daß durch das Atomprogramm Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei wissen wir, daß an anderer Stelle durch Rationalisierung viele Arbeitsplätze vernichtet werden, und daß bei Verzicht auf Atomenergie die Milliarden für andere und menschenwürdigeren Arbeitsplätze eingesetzt werden können.
- Sie behaupten, Atomenergie sei billig, obwohl sie wissen, daß dies nur für die Atomindustrie selbst und deren Großunternehmer gilt, daß das gesamte Atomprogramm über Steuern und Strompreise von der Bevölkerung subventioniert wird und Atomenergie damit in Wirklichkeit bedeutend teurer ist, als jede andere Energiequelle.
- Sie drohen uns neuerdings mit einem Krieg ums Öl, wenn wir auf Atomenergie verzichten. Wir wehren uns dagegen, daß durch eine solche Demagogie die Bevölkerung gegen die ölproduzierenden Staaten in der Dritten Welt, wie auch gegen die Atomkraftgegner aufgehetzt werden soll. Gleichzeitig wissen sie, daß die aktuelle Ölsituation dadurch gekennzeichnet ist, daß die Ölgesellschaften wie 1973 das Öl künstlich knapp halten, um die Preise in die Höhe zu treiben.
- Sie verlangen von uns, den Gürtel enger zu schnallen, während sie auf der anderen Seite eine ungeheure Energie- und Rohstoffverschwendung in der Industrie und bei der Stromerzeugung zulassen.
- Sie sagen, es gäbe keine Alternative zur Atomenergie, obwohl sie weiterhin gewaltige Mittel in die Kernforschung pumpen und jede Entwicklung vorhandener Alternativen bewußt kurzhalten, weil sie nicht gewinnträchtig sind.

Die Bundes- und Landespolitiker haben alle Geschütze aufgeföhren, um den immer breiter werdenden Protest gegen die Atompolitik zu spalten und zu ersticken. Wir rufen alle Atomkraftgegner auf, nach Bonn zu kommen, um zu zeigen, daß ihnen dies nicht gelungen ist. Wir wollen in Bonn demonstrieren, um unseren Wider-

Am 14.10.79 findet in Bonn eine Großdemonstration gegen AKW's statt. Eine Gruppe unabhängiger nicht-organisierter Leute aus Göttingen und Umgebung ruft alle Gruppen, Jungs, Parteien etc. dazu auf, sich an der Demo in Bonn zu beteiligen. Außerdem wollen diese Leute, daß auch im Kreis Göttingen dieses Ereignis bekannt gemacht wird, da sich die bürgerliche Presse wieder in Schweigen hüllt. Die Gruppe schlägt vor, daß sich alle interessierten Leute und Gruppen am Donnerstag, den 13. September um 19.30 Uhr in der Alten Kellerei (Nebenzimmer) in Göttingen (neben Oetingersaal) treffen und weitere Schritte geplant werden. i.A. Reinhard Basler, Seethovenstraße 31, 7334 Sößen, Telefon: 07162/6283



Impressum

- "göppinger blätter" - stadtzeitung - herausgegeben von den Arbeitskreisen Lokalpolitik, Arbeiterbewegung und Antifaschismus im Jugendzentrum Club Remise.
- Auflage: 600
- Druck: Fantasia - Druck - GmbH, Stuttgart
- Redaktionsschluß: 22. 8. 79
- Postanschrift: Jugendzentrum Club Remise Postfach 631 7320 Göttingen
- Redaktionssitzungen: jeden Mittwoch um 20 Uhr Taverne
- Konto: Bank für Gemeinwirtschaft, AK Politik-göppinger blätter Nr. 1200788802
- Presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe: Ronald Straub
- Auch die nicht namentlich gekennzeichneten Beiträge geben nur bedingt die Meinung der Mitarbeitenden wieder.
- Verkaufsstellen: Unterwegsladen Buchhandlung Herwig Buchhandlung Dietler

stand gegen das gesamte Atomprogramm zu dokumentieren. Wir wollen nicht in Bonn demonstrieren, um als Bittsteller unser Anliegen vorzutragen. Längst haben wir gelernt, daß wir uns nicht auf Parlamente und Gerichte verlassen können, daß Gericht und Parlamente nur durch den Druck der Bevölkerung gezwungen werden können, unsere Forderungen zu erfüllen. Deshalb müssen wir unsere Interessen selbst vertreten, in Bonn und im praktischen Widerstand vor Ort (wie in Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Kalkar und jetzt Gorleben). Denn wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

Die Antwort der Politiker darauf waren und sind Demonstrationsverbote, Aufrüstung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes, Zahlungsbefehle, Gerichtsverfahren und auch Gefängnisstrafen für Atomkraftgegner. Wir haben deshalb den Kampf gegen die Kriminalisierung von Atomkraftgegnern zum unverzichtbaren Teil unseres Kampfes gemacht.

Unser Protest ist international. Er richtet sich gegen Atomanlagen, wo immer sie gebaut und betrieben werden. Wir rufen alle auf, unter folgenden Forderungen nach Bonn zu kommen:

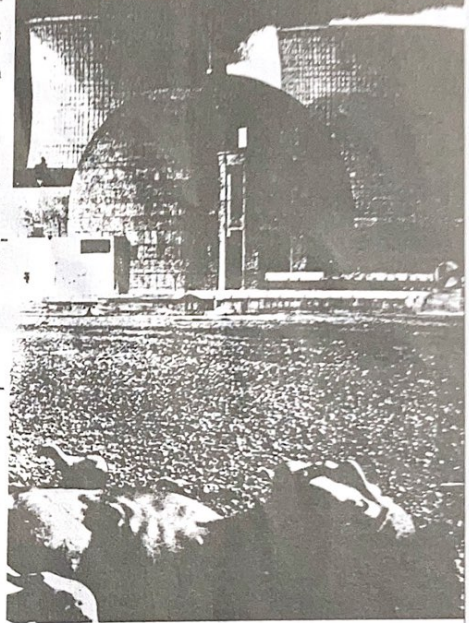
1. Weg mit dem Atomprogramm
2. Stilllegung aller Atomanlagen
3. Verstärkte Erforschung und Anwendung umweltfreundlicher Energien
4. Keine Kriminalisierung und Strafverfolgung von Atomkraftgegnern



Großdemonstration in Bonn am 14. 10. 1979

Gegen das Atomprogramm der Bundesregierung und
für die Stilllegung aller Atomanlagen

IST DAS DIE ZUKUNFT UNSERER KINDER?



Veranstalter und Verfasser des Aufrufs: Bürgerinitiativen für Umweltschutz und gegen Atomanlagen

Anzeige

und der Führerschein bei
Fahrschule Siegenführ

Göppingen+Ursenwang+Uhringen

77467 813629 3548

Die neuen Prospekte sind da:

"Club 28 Urlaub für
Junge Leute"

Abzuholen bei Reisebüro Siegenführ
Pfarrstr. 7 / Göppingen
Tel. 77467

Sichert Rüstung Arbeitsplätze?

"Unbeschadet augenscheinlicher Fakten hält sich zäh ein Mythos, der auf die Zeit der deutschen Wiederaufrüstung vor dem 2. Weltkrieg zurückgeht, nämlich der, daß hohe Rüstungskosten gegen Arbeitslosigkeit schützen oder sie wenigstens entschärfen (würde)... Konsequenterweise ist es bis heute ein weit verbreiteter Glaube, daß Abrüstung oder eine Unterbrechung von einigen speziellen Waffenprogrammen die Zahl der Arbeitslosen... anschwellen lassen würde. Man muß betonen, daß solche Vorstellungen falsch sind. Militärausgaben sind nicht einzigartig in ihrer Fähigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen. Tatsache ist, daß dort, wo Militärausgaben deutlich Arbeitsplätze in der Industrie, welche die Streitkräfte versorgt, geschaffen haben, der wachsende Anteil hochrangiger Technologie an den Militäraufwendungen ihr direktes und generelles Potential zur Arbeitsbeschaffung ausgehöhlt hat. Heute häufen sich rapide die Anzeichen dafür, daß hohe Militärausgaben nicht die Gesamtbeschäftigung mildern, sondern wesentlich zu ihr beitragen. Nach Schätzungen der US-Regierung (...) schaffen 1 Milliarde Dollar Militärausgaben 76 000 Arbeitsplätze. Aber wenn derselbe Betrag für zivile Programme der US-Regierung ausgegeben wird, dann werden durch ihn durchschnittlich über 100 000 Arbeitsplätze geschaffen, und noch viel mehr dann, wenn der Betrag in besonders arbeitsintensive Bereiche gelenkt wird. Die Rechnungen zeigen, daß die gleichen 1 Milliarde Dollar, würden sie über Steuersenkungen dem privaten Konsum zugeführt, 112 000 Arbeitsplätze schaffen würde."

Nach Schätzungen von Experten gingen durch den Militärhaushalt der USA Anfang der 70er Jahre netto rund 850 000 Arbeitsplätze verloren und liegt diese Zahl heute weit über 1 Million.

Zitat aus einer UN-Studie über "ökonomische und soziale Folgen des Rüstungswettlaufs."

NETZWERK

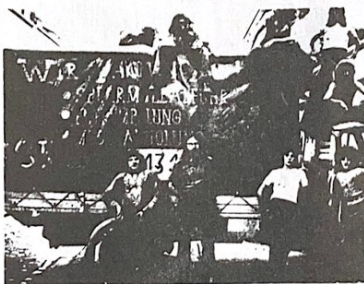
Selbsthilfe e.V.

Netzwerk Selbsthilfe e.V. Seit Ende 1978 existiert der Netzwerk Selbsthilfe e.V., ein Verein mit dem Zweck, den Gedanken der sozialen, beruflichen und pädagogischen Selbsthilfe zu fördern. Er will den von Arbeitslosigkeit oder Berufsverbot betroffenen bzw. Bedrohten, und anderen Engagierten eine Möglichkeit geben, sich in selbst organisierten und alternativen Projekten zu betätigen. Gerade zwischen Supermarkt und Sozialstaat kann Selbsthilfe dazu beitragen, Freiräume zu schaffen in denen sich eine andere Lebensweise entfalten kann. Hierbei will Netzwerk unter anderem durch Beratung über Selbsthilfemöglichkeiten und Projekte, Vermittlung von Informationen, bis hin zur finanziellen Hilfeleistung in sozialen und beruflichen Situationen, insbesondere zur Unterstützung von Selbsthilfeprojekten, mitwirken. Ein Vorhaben wie dieses braucht eine breitgefächerte Solidarität quer durch die verschiedenen Strömungen und Gruppierungen sowohl der traditionellen Linken wie auch der Öko- und Alternativbewegung und ihrer Bürgerinitiativen. Abgrenzungen sind hier fehl am Platz, da schließlich jeder schon morgen selbst betroffen sein kann und dann ebenfalls die Solidarität der anderen braucht. Daß hier andererseits natürlich keine Gruppen des rechten Spektrums unterstützt werden, versteht sich von selbst.

In diesem Rahmen werden derzeit 17 Projekte mit Mitteln von insgesamt 200 000 DM unterstützt. Dies geschieht zum einen mittels Darlehen und Bürgschaften, andererseits aber auch über Zuschüsse, die vom Vorstand auf Empfehlung des Beirats, der derzeit aus 20 Personen besteht, vergeben werden. Daß diese Entscheidungen jeweils von der Mitgliederversammlung kontrolliert werden, ist selbstverständlich. Zu den zur Zeit geförderten Projekten gehören

das zweite Frauenhaus Berlin, das Ausbildungswerk Bremen, das Jugenddorf Märkisches Viertel, die therapeutische Tagesstätte Wedding und die Frauenrockband Lysistrata. Die angeführten Beispiele sollen verdeutlichen, daß ausschließlich Projekte gefördert werden, die einen Ansatz für eine über die Förderungszeit hinausgehende Existenz bieten und in Eigeninitiative neue Produktions- und Lebensformen entwickeln.

Das Ausbildungswerk Bremen zum Beispiel ist eine relativ große Modellwerkstatt, in der sich Jugendliche selbstverwaltet ausbilden, und wegen interner Spannungen vom personellen Ausbluten bedroht. Netzwerk stellte jetzt einen Zuschuß von 6000 DM für Ausbilderstellen und laufende Kosten zur Verfügung.



Da Netzwerk keine Ersatzsozialversicherung sein soll, werden Förderungen erst vergeben, wenn für das Projekt von keiner anderen Stelle Mittel erhalten werden können. Deshalb wird Netzwerk eine Finanzquellenkartei anlegen, anhand derer die Projekte, die eine Unterstützung beantragen, erst auf andere Quellen verwiesen werden. Im übrigen soll im Rahmen der Informationsarbeit ein Beraterkreis aufgebaut werden, der von Selbsthilfeprojektgruppen konsultiert werden kann, um ihnen bei der Lösung organisatorischer Probleme (Buchführung, Steuer, Rechtliches) zu helfen.

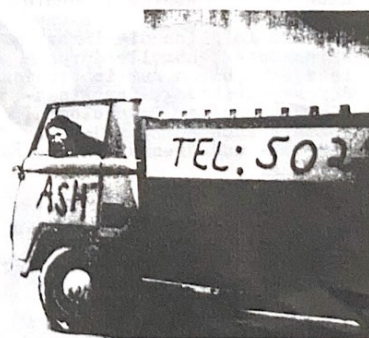


Daß diese Selbsthilfegruppen grundsätzlich politische Arbeit leisten, ist nicht ohne weiteres ersichtlich. Es bleibt jedoch zu bemerken, daß schon die Existenz einer solchen Gruppe in ihrer Umgebung Hemmungen, nach neuen Wegen zu suchen, abbauen kann. Denn das Vorleben alternativer Produktionsformen kann unter Umständen bei manchem, der bisher aus Existenzangst grundsätzliche Veränderungen seines Lebensbereichs ablehnte, solche Hemmungen abbauen und so zu einer Ausweitung der bestehenden Gegenkultur führen.

Hierzu kann ein Fond wie Netzwerk entscheidend beitragen, wenn es gelingt, Netzwerk in Regionalorganisationen über das gesamte Bundesgebiet auszuweiten. Bis April 79 waren 291 Mitglieder beigetreten, die für Beiträge von insgesamt 416 000 DM im Monat sorgen. Diese Zahlen dürften sich inzwischen weiter erhöht haben. Da Netzwerk in Berlin entstanden ist, versteht es sich, daß dort ein Schwerpunkt von rund 2000 Mitgliedern zu verzeichnen ist, während aus der gesamten BRD nur 1000 zusammenkommen. Dies hängt natürlich auch damit zusammen, daß das bestehende Netzwerk sich möglichst auf Berlin beschränken möchte,



um eine ansonsten fast unumgängliche zentralistische Verwaltungsform zu vermeiden.



Deshalb sollten in der gesamten BRD regionale Netzwerkorganisationen geschaffen werden, die, da überschaubarer von den Mitgliedern leichter basisdemokratisch zu kontrollieren sind. Bisher gibt es im Raum Stuttgart, Tübingen, Ulm rund 130 Mitglieder, eine Basis, auf der ein regionales Netzwerk aufgebaut werden könnte, wenn weiterhin ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen wäre. Weitere Informationen sind zu erhalten bei: Netzwerk Selbsthilfe e.V., Suarezstrasse 31, 1000 Berlin 19.
i.A. Klaus (Parka) Frey



Türkei heute

Unser Land wird immer fester von einer tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise umklammert. Die Antwort darauf ist, daß sich die Auseinandersetzungen der Klassen verschärfen, daß der Einfluß der Arbeiterklasse auf alle Schichten der Werktätigen und auf das politische Leben stärker, daß die Rolle der KP der Türkei bei der Führung des Massenkampfes grösser wird. Die anhaltende Aktivierung der faschistischen Elemente hingegen ist ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß die herrschende Klasse ihre Positionen mit den alten Methoden nicht zu halten vermag, daß sie sich vor der unaufhaltsamen Entwicklung der revolutionären Prozesse fürchtet.



Bei der Analyse der Lage in der Türkei muß man stets im Auge haben, daß die Türkei von den großimperialistischen Staaten abhängig ist, sich aber gleichzeitig die Monopolisierung der türkischen Wirtschaft beschleunigt. Daraus resultiert unter anderem die enge Verbindung der nationalen Monopole mit dem internationalen Kapital und folglich die immer wirksamere Kontrolle durch letzteres nicht nur im Bereich der Kreditierung, der Finanzierung und der Technologie, sondern auch auf dem Gebiet der Roh- und Brennstoffversorgung.

Die Abhängigkeit der türkischen Großbourgeoisie von den ausländischen Gesellschaften schränkt die Möglichkeiten der Entwicklung der nationalen Monopole ein. Die Enge des Binnenmarkts und die geringe Konkurrenzfähigkeit der türkischen Monopole auf den Auslandsmärkten lösen Widersprüche zwischen beiden aus. Keine Seltenheit sind heute auch durch die gleichen Gründe verursachte Kollisionen der Interessen türkischer und internationaler Monopole, ist die Verschärfung der Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien.

Eine weitere Besonderheit sei hervorgehoben, und zwar das beschleunigte Verwachsen von Industrie- und Bankkapital, die Entstehung der Finanzoligarchie. Als charakteristische Ausprägung dieses Prozesses kann insbesondere die Gründung von Holdinggesellschaften angesehen werden: Die Kontrolle über diese liegt in den Händen von 43 türkischen Banken, die Hand in Hand mit dem Auslandskapital operieren. Die kapitalistische Produktionsweise dringt

auch in die Landwirtschaft ein. Dadurch werden Gutsbesitzer zu Kapitalisten. Sie knüpfen eine enge Verbindung zu den Banken und Industriemonopolen.

Seit den 20er Jahren existiert in der Türkei ein recht grosser staatlicher Sektor. Anfangs, als unser Land gerade erst den kapitalistischen Weg einschlug, förderte er die Entwicklung des Kapitalismus. Im Weiteren vollzog sich eine sukzessive Verschmelzung der ökonomischen Macht der Monopole mit der politischen Macht des Staates, es bildeten sich Verhältnisse heraus, wie sie für den staatsmonopolistischen Kapitalismus charakteristisch sind. Die Leitung des Staates übernahm dabei jener Teil der Monopolbourgeoisie, der mit dem Weltimperialismus kollaboriert.

Bei diesem Prozess kam es zu einer Vereinigung der in der Führung der Streitkräfte entstandenen militaristischen Clique mit der Finanzoligarchie. Unter Ausnutzung der Holdinggesellschaften drängen Militärs in die Leitungsorgane einiger Monopole und Banken ein. Doch bei all dem macht sich die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus in Stadt und Land, zwischen den einzelnen Regionen unseres Landes und in den verschiedenen Wirtschaftszweigen bemerkbar. In einigen Fällen existieren immer noch vorkapitalistische Produktionsverhältnisse. Überreste des Feudalismus. Weitverbreitet ist die einfache Warenproduktion, die Produktionsmittel sind völlig veraltet.

Die Hauptursache für die tiefe Wirtschaftskrise, wie sie die Türkei durchmacht, ist in

ihrer Abhängigkeit vom Weltimperialismus, von den aggressiven Militärblöcken in der Herrschaft des kapitalistischen Systems und der Monopole zu suchen. Die Zusammenarbeit der türkischen Bourgeoisie mit den imperialistischen Monopolen hat dazu geführt, daß die Wirtschaft unseres Landes ein Bestandteil des Wirtschaftssystems des Weltimperialismus geworden ist. Arisen, die dieses System erschüttern, lösen verheerende Folgen in unserem Land aus.

Am 11. Juni 1979 bestätigte die Regierung Ecevit durch einen weiteren Schritt den unaufhaltsamen Fall der türkischen Währung. Die türkische Lira (TL) wurde gegenüber den westlichen Währungen abermals um ca. 75% abgewertet. Zugleich wurde eine Reihe von Waren - darunter Öl und Ölprodukte, sowie Grundnahrungsmittel - bis zu 100% teurer. Damit wurde eine enorme Preiswelle in Gang gesetzt.

Realisierung des IMF-Diktats

Die Ecevit-Regierung verwirklichte durch diesen Schritt eine Bedingung des Internationalen Währungsfonds (IMF), der die Gewährung von Krediten u.a. davon abhängig gemacht hatte. Doch damit nicht genug! Die USA setzen ihre Erpressungen fort, um den Verlust ihres Einflusses in dieser Region wettzumachen, und um ihre militärisch-politischen Ziele zu realisieren. Sie drängen darauf, ihre militärischen Objekte, die bisher im Iran stationiert waren, auf türkisches Territorium zu verlagern.

Der imperialistische Druck. Parallel dazu nimmt der Druck im Innern des Landes auf die Ecevit-Regierung zu. Auf Be-

treiben der Demirel-Türkesch-Clique mußten zwei Minister zurücktreten. Drei Parlamentarier der CHP ihre Partei verlassen. Selbst die Unabhängigen in der Koalition stellen der Regierung ein Ultimatum. Dabei setzen Demirel und Türkesch alles ein, um die Regierung zu stürzen.

Auch die Monopole melden sich zu Wort. Der Unternehmerverband TÜSIAD kritisiert in ganzseitigen Anzeigen die Regierung und fordert deren Ablösung.

Die faschistische Gefahr in der Türkei ist nicht über Nacht entstanden. Von den 56 Jahren seit der Proklamierung der Republik lebte unser Land 36 Jahre unter den Bedingungen des "Ausnahmestandes". Das türkische Parlament hat die Funktionen, die den gesetzgebenden Organen bürgerlicher Staaten zukommen, niemals ausgeübt. Die Kommunistische Partei der Türkei ist schon 55 Jahre verboten. Mit den Paragraphen 141 und 142 sowie mit anderen faschistischen Verordnungen werden nicht nur den Kommunisten, sondern auch allen anderen Demokraten die demokratischen Rechte entzogen.

Das besondere der gegenwärtigen Etappe der Aktivierung des Faschismus ist, daß er heute bereits eine organisatorische Form erlangt hat. Als seine Stoßkraft fungiert die Nationalistische Aktionspartei MHP (Milliyetçi Haraket Partisi). Diese Partei war zu der Zeit entstanden, als eine reaktionär-faschistische Koalition an der Macht war, und gehörte wiederholt der Regierung an, was ihr ermöglichte in Schlüsselpositionen des Staatsapparates vorzudringen. Ihre soziale Basis sind Lumpenproletarier, ruinierte und verzweifelte Vertreter der Mittelschichten, Kleinbürger.

Von einem Teil der mit imperialistischen Kreisen kollaborierenden Monopolbourgeoisie unterstützt, gelang es der MHP die Wähler, welche für die ultrareaktionären Parteien gestimmt hatten für sich zu gewinnen. Infolgedessen konnte sie ihre Vertretung im Parlament von 3 auf 16 Abgeordnete erhöhen und darf folglich eine Parlamentsfraktion bilden. Die Tatsache, daß die MHP bei den jüngsten Wahlen eine Million Stimmen auf sich vereinen konnte, ist ein besorgniserregender Beweis für die Realität der faschistischen Gefahr.

Der beunruhigendste Ausdruck der Bewegung zum Faschismus ist, daß sich die Zahl der von der MHP und ihren bewaffneten Truppen verübten Terrorakte stark erhöht hat. Dabei handelt es sich um Terrorakte nicht nur gegen die Arbeiterklasse, sondern auch gegen jenen Teil der Bourgeoisie, der nicht am Gängelband der Reaktion geht. Auffallend ist, daß die Zahl

der Terrorakte nach der Bildung der neuen Regierung weiter gewachsen ist. So kamen von Januar bis Mitte Dezember 1978 rund 1000 Menschen als Opfer faschistischer Gewalttaten ums Leben. Diese Überfälle werden vor allem gegen Kommunisten, Sozialisten, Vertreter anderer progressiver Organisationen, Mitglieder der CHP verübt. Damit wird unter der Losung "Vernichten wir die Kommunisten" der Bürgerkrieg provoziert. Die türkischen Faschisten haben alle Methoden und Organisationsformen ihrer hitlerfaschistischen Vorgänger zu ihrem Rüstzeug gemacht. Ein Beispiel dafür sind die faschistischen "Kommandos" und ihre

Ausschreitungen. Hinter all ihren Aktionen erkennt man die Hand des CIA der USA, des türkischen Nationalen Nachrichtendienstes (MIT-Milli İstihbarat teşkilatı), der in unserem Land die Rolle der Gestapo spielt, der innerhalb der Streitkräfte geschaffenen geheimen "Partisanenbekämpfungsorganisationen" und schließlich der MHP. Gerade mit ihren Händen richtete die reaktionär-faschistische Regierung damals ein Blutbad unter den Teilnehmern der Massendemonstration am 1. Mai 1977 an. Die Führer der MHP predigen bornierten Antisowjetismus und wütenden Antikommunismus. Kriegskult, Rassismus und Chauvinismus, das sind die



Hauptpfeiler der Ideologie der türkischen Faschisten. Daneben scheuen sie keineswegs die soziale Demagogie und suchen sich als Gegner des Kapitalismus und der imperialistischen Politik Washingtons aufzuspielen. Damit möchten sie die Massen, die von der Unentschlossenheit der jetzigen Regierung enttäuscht sind, für sich gewinnen. Der faschistische Terror hält unvermindert an. Die faschistischen Banden morden nach wie vor, trotz des verhängten Kriegsrechts. Am 11. Juni warfen sie in ein Istanbul Café, wo bekannterweise demokratisch gesinnte Menschen verkehrten, eine Bombe. Drei Menschen fanden an Ort und Stelle den Tod. Die Zentren des Terrors, die MHP und ihre Nebenorganisationen, arbeiten trotz Kriegsrecht ungehindert weiter. Die Ecevit-Regierung leitet keine ernsthaften Maßnahmen ein, um ihrem blutigen Geschäft ein Ende zu setzen. Im Gegenteil. Mit den Mitteln des Kriegsrechts wurden Demokraten verfolgt. Das Kriegsrecht wurde erweitert. Demokratische Organisationen wie der fort

schriftliche Frauenverband IKD wurden verboten.

Aber die demokratischen Kräfte die Arbeiterklasse stecken nicht auf. Trotz des brutalen Terrors von Seiten der Faschisten, trotz der antidemokratischen Unterdrückung, ringen die demokratischen Kräfte immer wieder um eine antifaschistische und antiimperialistische Aktionseinheit. So konnte z.B. der allseitige Terror, die unglaublichen Einschüchterungsmaßnahmen nicht verhindern, daß in Izmir eine 1. - Mai-Demonstration mit ca. 120 000 Teilnehmern durchgeführt wurde.

Die aktuellen Forderungen der demokratischen Kräfte, die auch am 1. Mai vertreten waren sind:

- Verbot der MHP und aller Terrororganisationen
- Nein zum Kriegsrecht
- Aufhebung der faschistischen Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches
- Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung
- Aufhebung der Verbotsmaßnahmen gegen demokratische Verbände, wie dem fortschritt-

lichen Frauenbund IKD
- Schluß mit Repressionen gegen die demokratischen Presseorgane "Ürün", "Savaş Yolu" und "Roja Welat"
- Schluß mit den versklavten - den bilateralen Verträgen.

Raus aus den imperialistischen Organisationen wie NATO und IMF
- Schließung der US-Militärbasen. Keine U2-Spionageflüge von türkischem Territorium aus.

Bearbeitet: Türkischer Arbeiterverein in Göppingen e.V. (GIB), Mitglied der FIDEF

Veranstaltungen



Termine des Juze Remise:

Juze-Rat-Sitzungen: jeden Freitag um 20.00 Uhr im Haus der Jugend

AK-Frieden: jeden Montag um 19.00 Uhr im Evangelischen Gemeindehaus Faurndau

AK-Lokales: Ort und Zeit der Sitzungen sind unregelmäßig und der Lokalpresse zu entnehmen.

AK zur Geschichte der Arbeiterbewegung: jeden Dienstag um 20.00 Uhr vor der Gaststätte Kaiserhof.

AK-Antifa: jeden Sonntag um 18.00 Uhr vor dem Haus Illig

Redaktionssitzungen der "Göppinger blätter": Treffpunkt: jeden Mittwoch um 19.45 Uhr in der Gaststätte Taverne.

Filmprogramm des Ortsjugendrings Salach:

So. 9. 9. : "Don Camillo und Peppone", Frankreich/Italien 1952

So. 23. 9. : "Was?", Roman Polanski, BRD/Italien/Frankreich 1972

So. 7. 10. : "Der Schlächter", Claude Chabrol, Frankreich 1970

So. 21. 10. : "Die Legende von Paul und Paula", DDR 1973

So. 4. 11. : "Das Spiel ist aus" nach Jean Paul Sartre, Frankreich 1974

Alle Filme werden im Ostflügel des Salacher Rathauses gezeigt und beginnen um 19.30 Uhr.

Filmprogramm des Arbeitskreises Jugendarbeit Eislingen:

Fr. 14. 9. : "Wildwechsel", Rainer Werner Fassbinder, BRD 1973

Fr. 28. 9. : "Der junge Törless" Volker Schlöndorff, BRD/Frankreich 1966

Fr. 26. 10. : "Tätowierung", Johannes Schaaf, BRD 1967

Fr. 9. 11. : "Niemandskind"

Fr. 23. 11. : "Marx-Brothers in der Oper"

Fr. 7. 12. : "Strohfeuer", Volker Schlöndorff, BRD 1972

Alle Filme werden im Zeichensaal des Gymnasiums Eislingen gezeigt und beginnen um 19 Uhr. Unkostenbeitrag: 2,50 DM.

Jugendzentrum Uthingen:

Sa. 13. 10. : Rainer-Oliva-Group Beginn: 20.00 Uhr

Veranstaltungen und Termine:

Mo. 3. 9. : Treffen des Antifaschistischen Komitees im Haus des Türkischen Arbeitervereins, Göppingen, Ziegelstr. 40. Maßnahmen wegen dem SS-Treffen am 29. 9. in Hohenstaufen.

So. 9. 9. : "Politik-Kultur-Emancipation", Veranstaltung des Sozialistischen Zentrums und des Parteilosen Bündnisses mit Rudi Dutschke, Robert Jungk, dem Linksradiakalen Blasorchester, Tho-

Mo. 10. 9. : Treffen des Antifaschistischen Komitees im Haus des Türk. Arbeitervereins, Göppingen, Ziegelstr. 40. Diskussion über vorgelegte Plattform.

Sa. 15. 9. : Demonstration der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gegen die Entlassung junger Kollegen. Wer mitfahren will, wende sich an: Paul Weisser, Neufenstr. 13, Uthingen Tel. 31981

Di. 2. 10. : Veranstaltung des Arbeitskreises Schule/Gewerkschaft mit Willi Bleicher im Hotel "Goldenes Rad" in Göppingen, Poststr. 37. Thema: "Ist die Einheitsgewerkschaft eine Gefahr für die Demokratie oder ist sie in Gefahr, zerschlagen zu werden?" Beginn: 20.00 Uhr.

Fr. 12. 10. : "Zu Gast in unserem Land". Veranstaltung des AK-Lokales im Juze Remise im Haus der Volkshochschule Göppingen. Zur Ausländerproblematik. In Zusammenarbeit mit Gastarbeitern soll versucht werden, deren Probleme am Arbeitsplatz, in der Freizeit und in der Wohnsituation zu erarbeiten.



Anzeige

pfiff-records
Göppingen
Pfliegstraße 2